

Das



Volk.

Die Zeitung „Das Volk“ erscheint an jedem Wochentage abends. Bestellungen sind bei dem entsprechenden Postamt (Nr. 7728 der Zeitungsliste) oder beim Landbriefträger anzubringen. Bestellungen für Siegen nimmt außer der Post die Geschäftsstelle entgegen. Preis vierteljährlich M. 1.—; frei ins Haus durch die Post oder Boten M. 1.40.

Schriftleitung und Geschäftsstelle
Siegen, Sandstraße 18.

— Fernsprech-Anschluß No. 205. —

Durch die Zeitung „Das Volk“ finden Anzeigen weitest Verbreitung im lauffähigen Publikum des ganzen Reiches. Preis der 5 gespaltenen Zeilen für die Provinzen Rheinland und Westfalen, Hessen-Raffan und das Großherzogtum Hessen 10 Pf.; für das übrige Reich 25 Pf. Aufträge sind gefälligst der Geschäftsstelle oder durch ein Anzeigen-Vermittlungs-Geschäft zu erteilen.

Zur Charakteristik des Türkentums

wird uns geschrieben:

Der kürzlich verstorbene Professor Dr. Ferdinand Wüstenfeld, der zu den hervorragenden Arabisten und gründlichsten Kennern des Islam in der Gegenwart zählt, hat unter dem Eindrucke des griechisch-türkischen Krieges noch kurz vor seinem Tode ein fieberhaft aus seinem Nachlasse herausgegebenes beachtenswertes Schriftchen veröffentlicht unter dem Titel: „Geschichte der Türken mit besonderer Berücksichtigung des vermeintlichen Unrechts derselben auf den Besitz von Griechenland“ (Leipzig, Dieterichsche Buchhandlung). Darin findet sich folgende interessante Notiz: „Ein türkischer Gelehrter, der am Hofe zu Konstantinopel Zutritt hat und die dortige Stimmung und Gesinnung genau kennt, hat vor einiger Zeit in einer türkischen Zeitung auf das bestimmteste öffentlich versichert, daß der Sultan und sämtliche Hofbeamte an dem obersten muhammedanischen Religionsgelehrten kein Vertrag, kein Friede mit einem unglaublichen Fürst oder Volk — unverbrüchlich festhalten. Mag also ein Friedensvertrag noch so bündig auf dem Papier aufgestellt und allseitig unterzeichnet sein, für die Türken hat er keine Verbindlichkeit, sie können ihn zu jeder Zeit brechen, selbst plötzlich, ohne jede vorausgehende Kündigung. Die Geschichte liefert Beispiele dergleichen.“

Das ist ohne Zweifel richtig. Die freundschaftlichen oder geschäftsmäßigen Beziehungen des Sultans zu christlichen Staaten können nur Uneingeweihte über die Verachtung täuschen, welche der rechtgläubige Moslem den Christen und den christlichen Mächten gegenüber in tiefer Seele hegt. Wenn die politische Lage bitter empfundene Rücksichten aufzwingt, so lebt hinter diesen ungebunden fort die Ueberzeugung der vollen Rechtlosigkeit des „Ghaurs“ (Hindus), wie die Lieblingsbezeichnung für den Christen lautet. Wer in der Türkei mit offenen Augen und Ohren gelebt hat, weiß das besser als unsere Turrophilen, die nie einen Türken gesehen haben und ihre Kenntnis, richtiger Unkenntnis aus trüben Quellen schöpfen. Indes die Zeiten sind längst vorüber, wo jene Vertragshinterlist Sorge erregen könnte. Die Türkenangst des 17. und 18. Jahrhunderts im Abendlande hat sich in eine Christenangst der Türken umgewandelt. Der politische, geistige und moralische Bankrott des Türkentums ist eine vollendete Tatsache; wenn diese jetzt noch nicht mit ihren vollen Konsequenzen hervorgetreten ist, so ist das lediglich die aufhaltende Wirkung der starken Religiosität, welche die Mehrzahl der Türken auszeichnet und aufrecht erhält. Ein neuer deutscher Philosoph hat einmal geurteilt: die schlechteste Religion ist immer noch besser als Religionslosigkeit. Das bewahrheitet sich auch in diesem Falle. Der Fanatismus, welchen der Islam seinen Gläubigen einhaucht, giebt diesen, während alle anderen Stützen wanken, noch einen Halt und Bestand! Wie lange? Das Hineinsinken des Europäertums in das türkische Reich, das Eindringen europäischer Bildung in die höheren Kreise der türkischen Gesellschaft, andererseits der längere oder kürzere Aufenthalt türkischer Diplomaten und Offiziere im Auslande arbeiten sicher und rascher, als man denkt, an der Auflösung des alten Glaubens. Eine hochgestellte Persönlichkeit, die seit Jahrzehnten in Konstantinopel lebt und in höheren türkischen Kreisen, auch im Palaste des Sultans Zutritt hat, hat mir einmal versichert, das man in der hohen Pforte vielfach nur noch den äußerlichen Zusammenhang mit der alten Religion festhalte. Die Aufklärung sei in der Umgebung des Sultans weit verbreitet. Das ist freilich noch lange nicht Anerkennung der europäischen christlichen Kultur und ihrer inneren Ueberlegenheit, sondern lediglich die negative Emanzipation von der eigenen religiösen Ueberlieferung. Es ist ein Mischling, der aber aus guten Gründen das Gewand des Herkommens weiter trägt und aus diesem selbst Einzelheiten als Besitz beibehält, wie der oben erwähnte Grundbesitzer, der ihn von jeder inneren Verbindlichkeit gegen christliche Staaten befreit. Immerhin ist diese in den höchsten Regionen sich vollziehende Wendung beachtenswert.

Die ganze Geschichte des Türkentums ist charakterisiert durch eine Kette von Eroberungszügen, durch rücksichtslose Ausbeutung der Besiegten und selbstthätige Herrschaftsausübung. Den Boden dafür mußten die besiegten Völker, vor allem die Christen bilden. Seitdem nun aber unter dem Drucke der christlichen Mächte die Christen im türkischen Reich eine gewisse Rechtssicherheit und damit die Freiheit wirtschaftlicher Konkurrenz erlangt haben, sind die Moslems in eine Notlage geraten, die sich fortwährend verschärft. Dem wachsenden Wohlstand der Christen entspricht die zunehmende Verarmung der Türken. Man kann in Salonik und Konstantinopel, vorzüglich aber in Smyrna, lehrreiche Beobachtungen dieser Art machen. In wirtschaftlicher und geistiger Beziehung sinkt das Türkentum immer mehr auf die Stufe des Proletariats herab. Die Zunahme abendländischer Industrieunternehmen und Handelsbetriebe wird diese Entwicklung nur beschleunigen. Eine Hebung und Erneuerung des Türkentums liegt außerhalb des Bereichs jeder Möglichkeit. Schöne Paraden und glänzende Feste können darüber nicht täuschen. Die Auflösung der einst so furchtbaren und verberlichen Macht rückt immer näher und liegt wahrscheinlich in dem Gesichtskreise unserer Generation.

Dr. S.

Tagesrundschau.

Siegen, den 17. Juli.

— Von der Friedenskonferenz. Der Prüfungsausschuß der dritten Kommission der Friedenskonferenz, welche die Schiedsgerichtsfrage bearbeitet, hielt trotz der Abwesenheit Paumecotes und Bourgeois am Samstag eine Sitzung ab, in der der belgische Vertreter, Senator Desamps den Vorsitz führte. Auf Ersuchen des französischen Vertreters Estournelles, in dessen Hände die Bearbeitung des Schiedsgerichtsentwurfs

zusammen läuft, haben zahlreiche Vertreter, die an der Abfassung des Entwurfs nicht beteiligt sind, Bemerkungen eingebracht und Änderungen beantragt, die hauptsächlich formeller Natur sind und vom Ausschusse heute geprüft wurden, um ihnen den Boden für die heute, Montag, stattfindenden Beratung der Vollversammlung der Kommission zu ebnen. Die Änderungsanträge erstrecken sich namentlich auf jenen Teil des Schiedsgerichtsentwurfs, der von der internationalen Untersuchungskommission handelt. Die kleinen Mächte haben in der Befürchtung, daß im Falle eines Streites, in den sie verwickelt sein könnten, größere Mächte sie zwingen, eine internationale Untersuchung anzunehmen, Änderungsanträge betreffend die Fassung des Artikels 9 gestellt, um ihre Aktionsfreiheit zu wahren. Man erwartet, daß in der heutigen Sitzung zahlreiche Einwände werden erhoben werden. Es wird versichert, daß einige große Mächte Änderungen bezüglich anderer Punkte des Entwurfs, namentlich des Artikels 27, beantragen dürften.

— Das Verbot der Einfuhr und Durchfuhr frischen Rindfleisches aus Belgien, welches am Samstag in Kraft getreten ist, stützt sich darauf, daß die belgische Regierung neuerdings die Einfuhr amerikanischen Rindviehes nach bestimmten belgischen Häfen zum Zwecke der sofortigen Abschachtung gestattet hat, woraus die Möglichkeit entsteht, daß frisches Fleisch von in Belgien geschlachteten amerikanischen Rindvieh über die Grenze nach Deutschland eingeführt und auf diese Weise das unterm 10. November 1894 gegen Amerika wegen des dort unter dem Rindvieh herrschenden Texasfiebers verfügte Verbot der Einfuhr von frischem amerikanischen Rindfleisch umgangen werden könne.

— Die Amerikaner auf den Philippinen. Nach einer Meldung des World heißt es über den amerikanischen Feldzug gegen die Filipinos: Die amerikanischen Freiwilligen truppen sind entnervt infolge der schlechten Führung des Feldzuges gegen die Filipinos durch General Otis; nur 200 Mann haben sich neu anwerben lassen und sie weigern sich, zu kämpfen, falls nicht eine erhebliche Verstärkung der Truppenmacht erfolgt und ein fester Plan zur Beendigung des Krieges aufgestellt wird. In einer Meldung aus Manila giebt die „Sun“ zum ersten Mal zu, daß eine Empörung im eigenen Lager der Amerikaner besteht und das Ende des Krieges keineswegs nahe ist.

— Die Karolinen sollen demnächst bereits deutsche Postagenturen erhalten. Die ersten werden auf den Inseln Yap und Ponape eingerichtet werden.

— Die Forderungen in Ungarn haben in allen zivilisierten Staaten große Aufregung hervorgerufen. In Ungarn selbst ist man entrüstet darüber, daß es im Reiche noch Gegenden giebt, in denen die Forderungen in ihrer ganzen barbarischen, mittelalterlichen Rohheit angewandt wird, und zwar, ohne daß den Verbrechern in Anstaltsleitung sofort der Prozeß gemacht wird. Am Mittwoch, dem letzten Verhandlungstage des Reichstages, hat der Abgeordnete Pichler den Fall in einer Interpellation an den Minister des Innern, Ministerpräsidenten Szell, zur Sprache gebracht, und der Minister mußte eingestehen, daß er davon erst vor einigen Tagen durch die Zeitungen erfahren habe. Ueber die Vorkommnisse berichtet die „Köln. Ztg.“ folgendes:

Aus dem Gemeindehause zu Mosca im Komorner Komitat war ein Betrag von 2157 fl. 80 kr. entwandt worden. Der mit der Nachforschung beauftragte Stuhlrichter Szabo leitete seine Tätigkeit damit ein, daß er sämtliche vorbehafteten Dorseinwohner, Männer und Frauen, elf an der Zahl, verhaften ließ. Da sie alle die Tat ableugneten, ging er zur Tortur über. Der erste, der ihr unterworfen wurde, war ein gewisser Kovacs. Dieser wurde in Gegenwart des Gemeindevorstehers Szabolcs, des Gemeinderichters Czumi und vier Gendarmen in Eisen gelegt und über Nacht darin gelassen. Am nächsten Morgen, als er noch immer leugnete, ließ der Komitatsrechnungsbote Molnar mit einem biegsamen Rohrstock so lange auf die nackten Sohlen und das Gesicht Kovacs', bis das Rohr zerfasert war; dann schlug Molnar mit einem Knüttel auf ihn los, während der Stuhlrichter seine gefesselten Hände mit den Füßen bearbeitete und ihn ebenfalls mit einem Knüttel schlug. Schließlich ließ ihn der Gemeindevorsteher mit dem Stiefelstock dreimal in die Weichen. Diese Marterung dauerte vom 18. November 6 Uhr abends bis am 19. November um 5 Uhr morgens. Am Nachmittag desselben Tages wurde der Verhaftete in Eisen gelegt und zahllose Male geohrfeigt. Auch das brachte ihn nicht zum Geständnis. Nun wurde Spiritus auf einen Teller geschüttet, angezündet und Kovacs unter die nackten Fußsohlen gestellt; dreimal wurde diese Tortur wiederholt, und da der Gemarterte dennoch bei seiner Leugnung blieb, schüttete ihn der Stuhlrichter Szabo den brennenden Spiritus auf die nackten Beine. Dann wurde wieder mit dem Prügel begonnen, bis der Unglückliche röchelnd hervorfiel, alles auszusagen zu wollen. Er gestand, den Einbruchsdiebstahl verübt und das Geld am Ufer des Teiches vergraben zu haben. Doch man fand nichts an dem bezeichneten Orte. Während feierten die „Männer des Gefeges“ ins Gemeindehaus zurück, banden Kovacs die Hände auf den Rücken und hängten ihn daran auf, so daß er alsbald ohnmächtig wurde; er wurde wieder herabgenommen, auf eine Bank gelegt und dann vom Stuhlrichter und Rechnungsbote mit Knütteln geschlagen, bis sie erlahmten. Zum Schluß bohrte Molnar dem „Verfluchten“ sein Messer unter die Fingerringel! Vier Tage lang, während er weder Speise noch Trank erhalten, war Kovacs gefesselt worden. Dann wurde mit den andern begonnen. Zwischenmischelte sich endlich der wirkliche Täter. Die so entsetzlich Gemarterten erlitten Strafanzeige; aber man belästigte alle Beteiligten bis heute in ihren Kerkern, obgleich die Untersuchung abgeschlossen ist und die Staatsanwaltschaft endlich die Anklage erhoben hat.

Der Fall ist gradezu haarsträubend. Der Ministerpräsident bemerkt, daß zunächst zuverlässige Meldung fehlte und man nur aus Zeitungen davon gehört hätte, und gewiß hat er recht, wenn er für die schwer belasteten Beamten den Grundsatz des audiatur et altera pars geltend macht. Aber etwas Wahres muß daran sein, denn die Berichte gehen so sehr ins einzelne, daß sie nicht gut völlig aus der Luft gegriffen sein können. Und da kann man doch schon jetzt sagen, daß vieles gradezu unerhört ist. Wie konnten die Schuldigen so lange, d. h. bis auf den heutigen Tag, in Amt und Würden, ja nur auf freiem Fuße bleiben; wie konnte die Unterherrschaft so lange

— 1/2 Jahr — hingeschleppt werden, daß erst jetzt die Staatsanwaltschaft Anklage zu erheben vermochte; wie konnte endlich die vorgesetzte Behörde, die Regierung, der zuständige Minister, in Unwissenheit darüber gehalten werden? Das alles sind Fragen, die mit dem Fall selbst materiell nichts zu thun haben, die aber zeigen, daß der Beamtenorganismus nicht gesund ist.

— Der Kongreß für internationales Seerecht, der augenblicklich in London tagt, entschied nach dem „Hamb. Korr.“ einstimmig, daß bei beiderseitiger Schuld der angerichtete Kollisionschaden immer nach dem Grade der Verschuldung verteilt werden sollte. Auch Amerika äußerte sich übereinstimmend. Ferner wurde einstimmig beschlossen, daß dieses Prinzip auch auf Ansprüche der Ladung anwendbar sei. Das Schiff müsse stets beweisen, daß ein gemeinschaftliches Verschulden vorliege und in welcher Proportion.

— Vom Dreifußhandel. Die Dauer des Dreifußprozesses wird auf einen Monat geschätzt, da bisher 200 Zeugen vorgeladen sind. Nach dem „Echo de Paris“ werden sämtliche Zeugen aus der Enquete der Strafkammer des Kassationshofs öffentlich vor dem Kriegesgericht ausfragen, insgesamt 175 Zeugen, ohne die außerdem von der Verteidigung zu ladenden. Der Prozeß wird in dem großen Saale des Gymnasiums in Rennes verhandelt werden. Dreifuß äußerte gegenüber Major Carriere, der ihn besuchte, nach dem Altkonkurrenz habe er die Ueberzeugung, daß die Militärärzte von 1894 ihn nicht gerichtet, sondern ermordet haben. — Der „Siecle“ meldet, es sei nunmehr definitiv beschlossen, daß General de Pellieux einer ergänzenden Untersuchung unterworfen werde, welche einem anderen Offizier als General Duchesne anvertraut werden würde. — Der „Figaro“ veröffentlicht ein an einen Staatsanwalt gerichtetes Schreiben Christian Esterhazy's, worin dieser erzählt, welchen verwerflichen Mischgeschäften des Majors Esterhazy er zum Opfer gefallen sei.

— Zum Militärdienst der Lehrer. Höheren Orts ist dahin entschieden worden, daß diejenigen Lehrer, die vor dem 25. Lebensjahr aus dem öffentlichen Schuldienst in den privaten übertraten oder gänzlich ausstiegen, die Heranziehung zur vollen Militärdienstpflicht zu gewärtigen haben.

— Die serbische Regierung hält daran fest, daß es die Absicht der Verschwörung gegen Milutin gewesen sei, die Revolution in ganz Serbien herbeizuführen. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht das Bildnis Knezewits in Fesseln und giebt dazu eine genaue Beschreibung. Derselbe sei gebürtiger Bosnier, 26 Jahre alt, im Jahre 1889 nach Serbien ausgewandert, erst Fleischhauer, dann Hausknecht gewesen; er diente zwei Jahre als Pionier, wurde dann als Feuerwehmann in Belgrad angestellt und vor einem halben Jahre entlassen.

Aus dem Reich.

Berlin, 16. Juli.

— An den meisten Baugewerkschulen ist bisher nicht streng darauf gehalten worden, daß nur solche jungen Leute aufgenommen werden, die sich mindestens im Besitz derjenigen Kenntnisse befinden, welche durch den erfolgreichen Besuch einer mehrklassigen Volksschule erworben werden. Infolgedessen mußte die Baugewerkschule mit einem Unterrichtsstoff belastet werden, der in die Volksschule oder allenfalls noch in die Fortbildungsschule gehört, während die technischen Unterrichtsfächer, deren Lehrstoff mit den Fortschritten der Bautechnik naturgemäß angewachsen ist, nicht mehr mit der wünschenswerten Gründlichkeit behandelt werden konnten. — Um diesen Mangel zu beseitigen und damit die Erreichung der den preussischen Baugewerkschulen gesteckten Lehrziele sicherzustellen, ist in dem neuen Normallehrplan den elementaren Fächern nur so viel Spielraum gewährt, als zur Ergänzung des Unterrichtsstoffs der Volksschule unbedingt nötig ist. Dadurch wird aber bedingt, daß in Zukunft alle Schüler, bei denen Zweifel bestehen, ob sie die für die vierte Klasse nötigen Vorkenntnisse besitzen, einer Aufnahmeprüfung unterzogen und, sofern sie diese nicht bestehen, zurückgewiesen werden. Die Prüfungen sollen nach einer kürzlich von dem Minister für Handel und Gewerbe getroffenen Anordnung zum ersten Male im Herbst dieses Jahres stattfinden. — Um bei der Neuheit dieser Bestimmungen Fäden zu vermeiden und zu verhüten, daß im Herbst d. J. eine übergroße Zahl der Aufnahmefuchenden abgewiesen wird, soll vorerst nicht zu streng vorgegangen und daher denen, die in dem einen oder anderen Gegenstande nicht allzugroße Lücken zeigen, durch Nachhilfsunterricht in der vierten Klasse Gelegenheit zur Ergänzung ihres Wissens gegeben werden. Die von der Aufnahme Zurückgewiesenen müssen sich zunächst die fehlenden Kenntnisse durch fleißigen Besuch einer Fortbildungsschule oder durch Privatunterricht erwerben. Für Schüler, die bereit sind, an der Baugewerkschule selbst eine Vorklasse durchzumachen, wird thätigst an allen Anstalten hierzu Gelegenheit gegeben werden, und zwar in der Weise, daß in einer der vierten Parallelklassen ein Kursus eingerichtet wird, in dem neben den Elementarfächern im Wesentlichen nur Linear- und Freihandzeichnen gelehrt und der Lehrstoff der einzelnen Gebiete so bemessen wird, daß den Schülern die Kenntnisse vermittelt werden, die zum Bestehen der Aufnahmeprüfung erforderlich sind. Letztere kann dann bei erfolgreichem Besuch der Vorklasse daselbst Schulgeld wie von den Schülern der übrigen Klassen zu erheben. Ueber die Einzelheiten der Prüfungsbestimmungen wird von den Direktoren der Baugewerkschulen auf Ersuchen nähere Auskunft erteilt.

— Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel betragen in der preussischen Monarchie (auschl. Preuss.) im Monat Juni 1899: für 1000 Kilog. Weizen 158 (im Mai 1899: 158) M., Roggen 145 (145) M., Gerste 143 (142) M.,

Kemnscheid, 16. Juli. Bezüglich des Besuchs des Kaisers in Kemnscheid am Freitag, den 4. August, sind, der Kemsch. Ztg. zufolge, nunmehr folgende Feststellungen getroffen. Der von Solingen kommende kaiserliche Sonderzug fährt über die Brücke und hält an der bis dahin fertiggestellten Haltestelle Rüppelstein, wo der Kaiser mit dem Gefolge den Eisenbahnzug verläßt, um sich in die bereitstehenden Wagen zu begeben. Eine Begrüßung findet in Rüppelstein nicht statt. Die Wagen fahren zunächst bis zum Restaurant Schloß Rüppelstein, damit der Kaiser den Anblick der Brücke von oben aus hat. Hieraus geht die Fahrt nach Müngsten, wo die Begrüßung des Kaisers seitens der Stadt Solingen stattfindet und die Besichtigung der Kaiser Wilhelm-Brücke erfolgt. Nunmehr begiebt sich der Kaiser nach Kemnscheid nach der Talsperre, wo die feierliche Begrüßung seitens der Stadt Kemnscheid stattfindet. Der Kaiser besichtigt die Anlage und wird einen erläuternden Vortrag über dieselbe entgegennehmen. Sollte dann noch ein